

3. Beilage zu Nr. 234 der Leipziger Volkszeitung, Sonnabend, 9. Oktober 1909.

Steuer und Wahlrecht.

Bei den Auseinandersetzungen über die Taktik auf dem Leipziger Parteitag ist wiederholt die günstige Lage, worin sich unsre Partei zurzeit befindet, in der Debatte erwähnt worden. Wozu die Kritik und die Diskussionen über das, was wir hätten tun sollen — so ungefähr wurde gesagt — da die Partei sich doch niemals in einer solchen glänzenden Situation befinden hat und unsre Wahlsiege außerdem beweisen, daß wir richtig gehandelt haben?

Sehen wir zuerst nach, worin diese günstige Situation besteht. Die Stimmung der Massen, auch in weiten kleinstadtlichen Kreisen, ist gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien gerichtet; bei den Wahlen stromen sie in hessen Haufen auf unsre Seite. Waren neue Reichstagswahlen ausgeschrieben worden, wir hätten sicher hundert und mehr Sitze bekommen. Aber so großen Schrecken dieser Gewinn den Gegnern gebracht hätte, wir wären dabei eine Minorität geblieben. Überhaupt ist eine Reichstagsmehrheit für uns unter dem heutigen Reichstagswahlrecht ausgeschlossen, wenn keine außerordentlichen Ereignisse eintreten. Darin kann also die günstige Situation nicht liegen. Viele dieser Wähler werden uns nachher doch wieder im Stich lassen. Aber es liegt noch etwas anderes, viel wichtigeres vor. Arbeiterschichten, die bisher treu zum Zentrum hielten, fangen jetzt an, sich aus diesem Banne loszulösen. Seit sich dieser Prozeß fort, so wird damit die Macht des Proletariats einen enormen Zuwachs erfahren. Dass große Arbeitermassen sich politisch und gewerkschaftlich in feindlichen Gegensatz zu uns stellen, war bisher die größte Schwäche des Proletariats. Darin, daß diese jetzt zu uns abzuwenden beginnen, liegt vor allem die Gunst der Lage für uns.

Fragen wir nach der Ursache, so müssen wir erkennen, daß sie weniger in unsrer Haltung, als in der der bürgerlichen Parteien liegt. Die Sozialdemokratie hat auch früher immer die Interessen des Proletariats verfolgt, denn sie ist der bewußte Teil des Proletariats selbst. Über die bürgerlichen Parteien, die sonst die unangeführten Arbeiter zu betören suchen, haben jetzt durch ihre reaktionäre Besteuerung der Massen ihr wahres Gesicht enthüllt. Das hat die Massen aufgerüttelt und zu uns getrieben.

Für uns liegt darin zu Selbstzufriedenheit nicht der geringste Anlaß vor. Ja, wenn wir Anarchisten wären und dem Spruch huldigten: je schlimmer die Arbeiter gepeitscht werden, um so besser, denn dann kommen sie eher zu uns — ja, dann müßten wir uns freuen. Nur aus solcher Denkweise heraus könnte man es verstehen, wenn eine Anzahl Genossen, die doch sonst alles eher als Anarchisten sein wollen, über die günstige Lage der Partei jubeln und von keiner Selbstkritik wissen wollen. Zweifellos trägt jede reaktionäre Gewalttat dazu bei, die Massen auszutüpfeln und ihre Empörung zu steigern, und dadurch graben die herrschenden ihr eigenes Grab. Aber die Sozialdemokratie, die diese Massen vertreibt, sieht sich deshalb nicht über solche Gewaltkreise, sondern sucht sie mit Ausübung aller ihrer Macht zu verhindern. Nur darauf, daß wir sie bis aufs äußerste belämpfen, stützen wir unsren Anspruch auf das Vertrauen des Proletariats und dürfen wir erwarten, daß die empörten Massen sich hinter uns scharen. Und daher liegt für uns in diesem Fall, wie bei jedem Sieg der Reaktion, kein Grund zur Zufriedenheit über die günstige Situation vor, sondern wir müssen uns fragen, ob wir alles Mögliche getan haben, jenen Sieg zu verhindern.

In manchen Kreisen der Partei herrscht das Empfinden, daß das nicht der Fall war. Und insoweit mit Recht, als nicht der geringste Versuch zu einer Massenaktion außerhalb des Parlaments gemacht wurde. Dass die bürgerlichen Parteien, die alle für die 500-Millionen-Schröpfung des Volkes eintraten und sich nur um die Frage zankten, ob zu seiner Erfüllung eine kleine Erbschaftssteuer hinzukommen müßte, durch die Reden unsrer Genossen im Parlament davon nicht abzuhalten wären, begreift jedes Kind. Nur ein wichtiges Auftreten der Massen selbst in Versammlungen und Demonstrationen hätte sie vielleicht einschüchtern können.

Aber damit ist die Frage nicht entschieden. Solche Massenaktionen lassen sich nicht aus dem Boden stampfen. Die Stimmung muß dazu vorhanden sein. Und hier liegt der Kern der Frage, die uns auf die Grundlage der ganzen politischen Situation führt. Von einer solchen Stimmung war nicht viel zu bemerken. Das lag zum Teil am Objekt: Steuern peitschen in der Regel erst auf, wenn sie gefühlt werden, und hier wirkten die endlosen Kommissionsberatungen und Kulissenmogeleien noch dazu tödend auf das aktive Interesse ein. Aber zu einem bedeutenden Teil lag das Fehlen der Stimmung in der allgemeinen politischen Situation seit dem Abschluß der preußischen Wahlrechtsbewegung begründet.

Auch in dem Kampf der Klassen wechseln Zeiten des frühen Angriffs und des Stillstands oder gar des Zurückweichens, wechseln Offensive und Defensive miteinander ab. Dabei steht immer ein bestimmtes großes Hauptobjekt in der Mitte des Kampffelds. Dieses Objekt ist seit einigen Jahren und noch auf lange hinaus das preußische Wahlrecht. Auf diese wichtigste Machtposition der Junker hat das Proletariat den Angriff begonnen, und der Stand dieses Kampfes beherrscht, weil sich hier der eigentliche Machtkampf abspielt, die ganze Politik, auch auf den Gebieten, die scheinbar nichts damit zu tun haben.

Mit den großen Januar-Demonstrationen des vorigen Jahres setzte der Kampf ein; ein mächtiger Tatendrang wuchs in den Herzen der Proletarier, die in einem kräftigen Sturm auf die Zwingburg der Junker das Mittel erhielten, entscheidende Vorteile zu erobern. Die Reaktion bereitete sich auf die Anwendung ihrer schärfsten Machtmittel vor. Dann wurde der Angriff nicht weiter in derselben Weise durchgeführt; die Parteileitung stellte die Straßendemonstrationen ein und der Wahlrechtskampf wurde auf das Gebiet des Wahlampfes hinübergeleitet. Damit war die Massenaktion zu Ende. Die herrschenden Klassen haben natürlich dieses Einstellen des Angriffs als ein Zurückweichen der Masse, als Furcht vor ihren Gewaltmitteln aufgefaßt, und sie haben dafür mit der Steuerreform quittiert. Das Volk war in die Defensive gedrängt; die Begeisterung und die Zuversicht in die Macht des eignen Vorbringens waren zeitweilig abgeflaut, und daher mußte auch die Stimmung zu wichtigen Massenprotesten gegen die Steuern fehlen. Man darf hingegen behaupten: wäre der kräftige Sturm auf das Dreiklassenzahlrecht im vorigen Jahre durch Massendemonstrationen fortgesetzt worden, so hätten die herrschenden Klassen andre Sorgen im Kopfe gehabt, als dem Volke in so frecher Weise 500 Millionen aufzuhallen. Die Massenaktion, die diese Steuer hätte abwenden können, hätte also nicht 1909, sondern 1908 stattfinden sollen.

Damit ist auch der weitere Weg klar vorgezeichnet. Es genügt nicht, wenn wir zu den Massen sagen können, daß wir gegen den Raubzug auf ihre Taschen gestimmt haben. Wollen wir des Vertrauens der Arbeiter, die zu uns kommen, wirklich würdig sein, so müssen wir mehr tun. Und dieses Mehr heißt jetzt: Kampf für das gleiche Wahlrecht in Preußen. Nicht damit dürfen wir zufrieden sein, den agitatorischen Gewinn in die Tasche zu stelen, den die Sünden der Reaktion uns bringen. Wir müssen der Reaktion die Möglichkeit zum Sündigen nehmen, indem wir ihre Hochburg angreifen. Damit allein kommen wir vorwärts, denn der Kampf um das preußische Wahlrecht ist für die nächsten Jahre der Angelpunkt der ganzen Politik.

Die Treibereien gegen die Leipziger Ortskrankenkasse.

(Schrift des gestrigigen Berichts.)

Der Vertreter Pollenders, Justizrat Barth, beantragte die von den Leipziger Neuesten Nachrichten abgelehnte Berichtigung zu verlesen. Rechtsanwalt Ewald wendete sich dagegen. Auf den Einwand, daß er ja gar nicht die Leipziger Neuesten Nachrichten vertrete, meint der Herr Verteidiger indigniert, er müsse es doch mit anführen. Auch Rechtsanwalt Wittelsbach wendete sich gegen die Verleugnung. Der Kassenvorstand Pollender ergriff nunmehr das Wort, wurde aber alsbald von den Rechtsanwälten unterbrochen mit der Bemerkung, Pollanders Ausführungen gehörten ins Plaudoyer. Der Vorsthende ließ Pollender jedoch sprechen, indem er bemerkte: Sie haben gesprochen, warum soll jetzt Herr Pollender nicht sprechen? Pollender führte aus: Seine Aussage war so sachlich, daß er vorausgesetzt habe, die Leipziger Neuesten Nachrichten würden sie auch ohne Berufung auf das Urteil abbrechen. Darin habe er sich aber getäuscht. Wenn man vorgebe, Mißstände abschaffen zu wollen, so müsse man auch auf sachliche Darlegungen eingehen. Die Ablehnung der von den Beamten beantragten Gehaltsverhöhung sei seinerzeit ausführlich begründet worden mit der finanziellen Unmöglichkeit, da die Kasse verpflichtet sei, den Reservefonds zu erfüllen. Ein einfacher Wunsch auf Gehaltsverhöhung genüge eben nicht. Die Entschließungen, die die Kasse zu treffen hat, seien nicht seine (Pollenders) persönliche Sache, sondern sie seien Sache des Vorstandes, der aus 19 Personen besteht. Er sei als Vorsthender den Behörden gegenüber verantwortlich und er dürfe sich persönlich verlegen fühlen durch Beleidigungen des Vorstandes. Die Angelerde des Herrn Grautoff stellt Pollender mit der Versicherung, daß bei dieser Klage der Vorstand hinter ihm stehe und ihm Rechtsschutz gewähre. (Unsre gestrige Mitteilung, die Klagestellung sei vom Gesamtvorstand erfolgt, war in der Form ungenau.) Zu der Angelegenheit der Urlaubsgefechte bemerkte der Kassenvorstand, daß Beamte bei den verschiedensten festlichen Anlässen tagelang fortgeblieben seien, weshalb endlich der Vorstand die Grundlage aufgestellt hat, die bei Gewährung von Urlaub zu gelten haben. Bei Regimentsfesten sollen danach in Zukunft nur diejenigen Urlaub bekommen, die als Zepter der Feier in Betracht kommen. Sonst geht dem Vorstand die Beteiligung der Beamten an solchen Feiern nichts an. Für die Aufstellung der Grundlage waren sachliche Erwägungen maßgebend, keineswegs aber so

hindliche Beschränkungen, wie die Gegner meinen, daß er (Pollender) angestellt werde. Die Ablehnung des Angestellenausschusses sei nicht auf persönliche Motive zurückzuführen, sie sei erfolgt, weil der Ausschuss nicht mehr die Modalitäten einhielt, die am 18. Dezember 1908 für sein Wirken geschaffen worden sind. Was den Prüfungsausschuß an betrifft, so sei er (Pollender) selbst dessen Vorsthender; der ihm noch weiter angehörende Arbeitgebervertreter, Herr Mäser, sei eine so bekannte Persönlichkeit, daß man wohl kaum darauf beharrn werde, daß dieser Herr lediglich zum Bierrat des Ausschusses gehöre. Die staatliche Kontrolle der Prüfungen werde keinen Wert haben, da die staatlichen Organe zu wenig mit den Arbeiten der Ortskassen vertraut seien. Daß auf die Krankenkontrolleure ein politischer Druck ausgeübt werde, bestreitet der Vorsthende entschieden. Gegenüber einer Behauptung der Gegner stellte er fest, daß der Kontrolleur Heinrich durch einen Bezirksteiler der Partei in seiner Wohnung aufgesperrt worden ist, noch eh an seine Anstellung gedacht wurde. Von Vorstandeseite seien solche Versuche nie gemacht worden. Er (Pollender) habe von diesem Vorgange überhaupt keine Kenntnis gehabt. Weiter wird behauptet, daß der Kontrolleur Krüger Streifführer gewesen sei; ihm sei davon nichts bekannt, er bezweifele es auch. Besonderer Vorlehrer bedürfe der Krankenkontrolleure nicht. Er müsse lediglich eine gesunde Auffassung in sozialer Beziehung und ein fühlendes Herz besitzen. Zum Schluß bemerkt der Kassenvorstand, daß es ihn auf das tiefste verlegen müsse, wenn der Wahrheit zuwider Behauptungen aufgestellt werden, daß sich unter seiner Leitung solche Vorgänge abgespielt.

Krankenbesucher Heinrich sagt aus, er sei Militärvereinsmitglied. Es habe ihn weder der Kassenvorstand, noch sonst ein Vorstandsmitglied beeinflußt. Die Zeitungsträgerin Kießling sei zweimal in seiner Wohnung bei seiner Frau gewesen, um sie zum Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung zu bewegen. Auch Herr Kießling sei einmal dagewesen, aber er habe ihm damals noch nicht als Vorstandsmitglied der Ortskasse gekannt. Er habe es abgelehnt, die Leipziger Volkszeitung zu abonnieren. Das alles sei vor seiner Anstellung geschehen.

Zwischenzeitlich hatte Herr Rechtsanwalt Ewald seinen schweren Posten als Verteidiger verlassen, an seine Stelle war ein Vertreter eingerückt, der nunmehr seinerseits abermals darauf aufmerksam machte, daß die als Zeugen benannten Beamten der Kasse sich nicht getrauten, in Gegenwart des Kassenvorstandes offen auszugeben. Pollender nimmt hierauf Gelegenheit, zu versichern, es sei selbstverständlich, daß keine Maßregelung erfolge und daß die Phantasien gewisser Leute unzutreffend seien. Es solle lediglich die Wahrheit festgestellt werden. Auf Pollenders Befragen, gibt der Zeuge zu, daß er vor seiner Anstellung dem damaligen Vorsthenden des Personalausschusses des Kassenvorstandes, Michael, Theaterdirektor gehörte. Eine Bestechung sei dies aber nicht gewesen.

Der Kassenvorstand bemerkt hierzu, daß Heinrich von ihm über diese Angelegenheit vernommen worden ist, daß ihm zu Ohren gekommen war, daß Heinrich gesagt hätte, man müsse die Vorstandsmitglieder nur spicken, dann erreiche man etwas. Das Vorstandsmitglied Michael sei nach Beendigung seiner Amtszeit nicht wieder gewählt worden.

Kassenbeamter Ludwig hat viel erzählen hören. Aus eigener Wissenschaft weiß er fast nichts. Er wird über die verschiedensten Dinge befragt, aber er kann selten bestimmte Auskunft geben. Vor dem Jahre 1908 ist ihm nicht bekannt geworden, daß Urlaub wegen Regimentsfesten verweigert worden sei. Daß der Vorstand Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung werbe, könne er nicht bezeugen. Er hat gehört, Pollender habe gesagt, er werde im Volkshaus wegen der Urlaubsverteilung zu Regimentsfesten angekündigt. (Pollender bestreitet die Behauptung auf das entschiedenste; sie sei eine freie Erfindung.) Unter Kommerzienrat Schwabes Zeitung sei die Anrechnungsfähigkeit der Militärdienstzeit nicht so eingehend geprüft worden. (Pollender stellt fest, daß mit dem Eintritt zum aktiven Militärdienst das Anstellungserhältliche erhöhte; das sei von jener so gehandhabt worden.) Der Zeuge gibt zu, daß die Ablehnung der Gehaltsforderungen eingehend begründet worden sei; aber es habe große Erregung hervorgerufen, daß die kurz darauf erfolgte zweite Eingabe ohne Angabe von Gründen ebenfalls abgelehnt worden sei. Der "Streifführer" Krüger sei Reicher, er besitzt keine berufliche Vorbildung, aber er sei einer der Tüchtigeren unter den Außenbeamten. (Pollender bemerkt, daß Krüger ebenso leicht schreiben könne als der Zeuge.) Der Zeuge sagt weiter aus, es sei ihm zu Ohren gekommen, daß ein Generalversammlungsvertreter geäußert habe, wer die A. B. lese und in die Partei trete, dem solle geholfen werden. Sozialdemokraten würden bei der Anstellung bevorzugt. Er nennt die Namen Nessel und Blumenstein. Es wird indessen festgestellt, daß Nessel laut Vertrag im Vertragskonflikt als Beamter übernommen werden mußte und daß Blumenstein noch unter Kommerzienrat Schwabes Zeitung eingestellt wurde. Später Fälle sind dem Zeugen nicht bekannt.

Justizrat Barth erläuterte hierauf, daß aus Gründen der Sparamkeit eine Anzahl Kassenmitglieder die freiwillige Krankenkontrolle ausübe. Diese Leute eigneten sich mit der Zeit Routine an und darum würden aus diesem Kreise die berufsmäßigen Kontrolleure gewählt. (Zeuge Ludwig bestätigt die Richtigkeit dieser Darlegung.)

Hierauf wird die Verhandlung auf unbestimmte Zeit verlängert, um weitere Zeugen zu laden.

Brust- und Magenleiden

behandelt nach der in 28jähr. Praxis erprobten Methode des Institutes "Spiro-spero".

Kur-Direktor Wackwitz, Dresden-Niederlößnitz, Hohe Str. 124b

Sprechstunden täglich 10—1 Uhr, Sonntags 10—1 Uhr.

Ein leineswegs teures, aber altbewährtes Haarmittel ist Horusners Brennessel-Spiritus.

Nur echt mit "Wendelsteiner Kirchel". In Apotheken u. Drogerien.

Sunlicht Seife

ist für feinste Spitzen und die zartesten Gewebe wie keine andere geeignet! Man kann dieselben ohne Sorge mit diesem stets gleichbleibenden Fabrikat waschen, der Erfolg ist vorzüglich und verschafft dereinst sichtsvollen Hausfrau Freude! Man verwende aber nur Sunlight Seife!

